

Wochenbericht

Bauproduktion 2007: Fortgesetzte Expansion bei deutlich erhöhtem Preisniveau

Trotz der überaus positiven Entwicklung im 1. Quartal 2007 ist nicht zu übersehen, dass sich in der Bauwirtschaft eine Spaltung der Konjunktur abzeichnet. Der Wohnungsbau wird zurückfallen; im gewerblichen Bau wird man dagegen mit konstant hohen Zuwächsen rechnen können. Das gesamte Bauvolumen wird in diesem Jahr insgesamt preisbereinigt um 2 % wachsen – nach 5 % in 2006. Der Preisanstieg wird aufgrund von Steuer- und Kostenerhöhungen sowie steigenden Gewinnmargen im Jahresdurchschnitt auf etwa 6 ½ % veranschlagt. Nominal gesehen wird das Bauvolumen in Deutschland 2007 mit fast 8 ½ % nochmals stärker zunehmen als im Vorjahr.

Bernd Bartholmai
bbartholmai@gmx.de

Martin Gornig
mgornig@diw.de

Ein Beleg für die ungebrochen hohe Bauproduktion¹ im ersten Quartal dieses Jahres sind die geleisteten Arbeitsstunden, die in allen Bereichen des Hoch- und Tiefbaus zweistellige Zuwachsraten aufwiesen; dabei überrascht allerdings, dass der Zuwachs beim gewerblichen Hochbau etwas zurück blieb.² Offen ist, inwieweit der außergewöhnlich kräftige Anstieg der Leistungen des Bauhauptgewerbes die Nachfrage spiegelt oder lediglich die günstigen Witterungsbedingungen in den beiden Quartalen um die Jahreswende. Daten über das Ausbaugewerbe im ersten Quartal zeigen eine abgeschwächtere Dynamik – die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden ist um knapp 8 % gestiegen, gegenüber 24 % im Bauhauptgewerbe. Das deutet darauf hin, dass sich die Nachfrage nach bestandsbezogenen Bauleistungen, insbesondere im Wohnungsbau, nicht auf dem zuletzt erreichten hohen Niveau fortsetzt.³

Sprunghaft sind die Baupreise zu Beginn des Jahres gestiegen, und zwar im Durchschnitt aller Gebäudearten um 7,7 % gegenüber dem Vorjahresmonat (Februar 2006) und um 4,4 % gegenüber dem Stand im November vorigen Jahres.⁴ Ohne den Effekt des höheren Mehrwertsteuersatzes beläuft sich die Preissteigerung im Vorjahresvergleich auf rund 5 %: Zum Teil ist der Anstieg auf Kostensteigerungen zurückzuführen – die Statistiker nennen Beispiele für Material- und Energiepreise. Berichtet wurde auch über Lieferprobleme bei manchen Vorprodukten sowie bei Baumaschinen. Daneben geht es aber auch um die Verteilung von Gewinnspannen:

¹ Die dem Bericht zu Grunde liegenden Arbeiten wurden durch das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung im Rahmen der Forschungsinitiative „Zukunft Bau“ des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung gefördert.

² Vermutlich ist das darauf zurückzuführen, dass in diesem Bereich im Vorjahr – bei ungünstigerer Witterung – mehr gearbeitet worden ist als in den übrigen Bereichen, in denen kein Nachfragedruck herrschte.

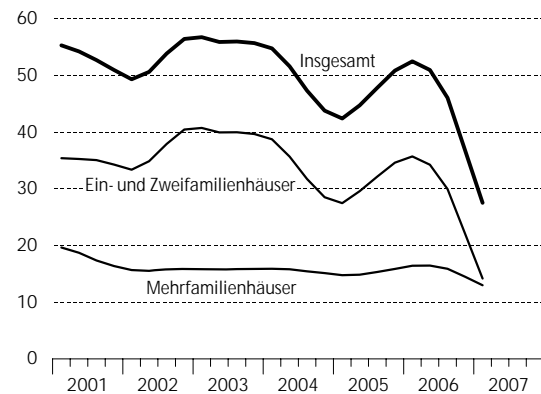
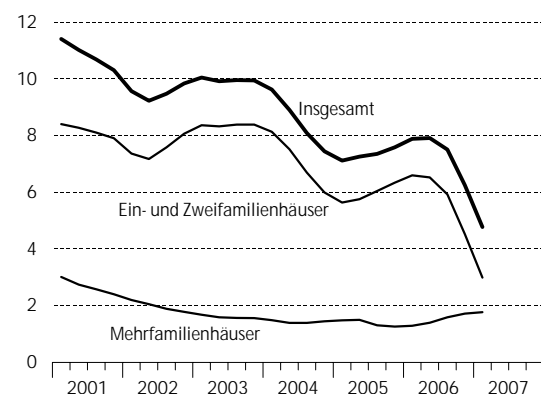
³ Die Ausbauleistungen waren im Vorjahr besonders zum Jahresende hin außerordentlich stark ausgeweitet worden.

⁴ Vgl. Statistisches Bundesamt, Fachserie 17, Reihe 4, Preisindizes für die Bauwirtschaft, Februar 2007.

1. Bericht

Bauproduktion 2007:
Fortgesetzte Expansion bei
deutlich erhöhtem Preisniveau
Seite **417**

Abbildung 1

Genehmigungen im WohnungsbauIn 1 000 Wohnungen je Quartal¹**Alte Bundesländer****Neue Bundesländer und Berlin**¹ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4).Quellen: Statistisches Bundesamt;
Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2007

Für die Bauindustrie fällt die Verteuerung von Subunternehmerleistungen besonders ins Gewicht. Dabei spielt eine Rolle, dass billige Arbeitskräfte nicht mehr leicht zu haben sind. Bauhandwerker aus den östlichen Nachbarländern sind immer weniger auf den deutschen Markt angewiesen, denn in anderen EU-Ländern sind die Löhne attraktiver und selbst in ihren Heimatländern sind die realen Verdienstmöglichkeiten mittlerweile nicht viel schlechter als die nach dem Entsendegesetz gebotenen Mindestlöhne. Große Unternehmen stehen vor dem Problem, dass sie vielfach in längerfristigen Projekten feste Absatzpreise vereinbart haben, während sie sich auf der Beschaffungsseite höheren Kosten gegenüber sehen. Akquisitionserfolge aus Vorjahren erweisen sich teilweise als Verlustbringer.

Dennoch waren für die neuen Preissetzungen wohl nicht allein Kosten für Vorleistungen ausschlagge-

bend, sondern die Baufirmen gönnten sich nach Jahren unterdurchschnittlicher Renditen offensichtlich auch einen höheren Gewinnaufschlag. Das spricht wiederum dafür, dass die Unternehmer die Nachfrage als robust ansehen.

Nachfragetendenzen

Im Wohnungsbau gab es im Jahr 2006 einerseits Vorzieheffekte, die sich in diesem Jahr bei der Nachfrage dämpfend auswirken werden, andererseits sollte man erwarten, dass im Zuge des allgemeinen Aufschwungs infolge der Einkommens- und Beschäftigungsverbesserungen eine Belebung der Nachfrage eintritt.

Der Eigenheimbau wird vermutlich dennoch weiter einem Abwärtstrend folgen, der im Vorjahr nur unterbrochen war; darauf deutet der kräftige Rückgang bei den Baugenehmigungen in den ersten drei Monaten hin (Abbildung 1). Obgleich die Daten für diese kurze Spanne für sich genommen noch nicht viel über den weiteren Jahresverlauf aussagen, signalisieren sie eine zunächst verschärfte Abwärtstendenz. Auch die im ersten Quartal stark verringerten Kreditzusagen bei den Sparkassen weisen auf eine Abschwächung der Neubau- und Gesamtnachfrage im Wohnungsbau hin.⁵

Den lange schon gewichtigsten Bereich des Wohnungsbaus bilden Modernisierungs- und Instandsetzungsleistungen. Sie sind 2006 besonders stark ausgeweitet worden (um real 7,5 %), vor allem im Hinblick auf die Anhebung der Mehrwertsteuer. Angesichts der eingetretenen Verteuerung – die Baupreise zogen im ersten Quartal dieses Jahres unerwartet stark an – ist kaum anzunehmen, dass die reale Nachfrage das Vorjahrsniveau wieder erreicht. Nominal dürften dagegen die Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen im Wohnungsbau weiter wachsen.

Neben den Baugenehmigungen aus der Bautätigkeitsstatistik liegen seitens der Bauberichterstattung ebenfalls Daten zur Nachfrage im ersten Quartal 2007 vor. Sie zeigen, dass der Auftragseingang im Wohnungsbau in West- und Ostdeutschland etwa dem Vorjahresniveau entsprach. Er hat sich damit günstiger entwickelt als die Genehmigungen. Zu beachten ist dabei, dass die Angaben zum Auftragseingang nur bei Betrieben mit 20 und mehr Beschäftigten erhoben werden, was vermuten lässt, dass der Bau von Mehrfamilienhäusern übergewichtet ist.

⁵ Vgl. Kreditstatistik des Sparkassen- und Giroverbandes, Stand 1. Quartal 2007.

Ein fortgesetzter Anstieg der Genehmigungen (Abbildung 2) und insbesondere der Auftragseingänge (Abbildung 3) war hingegen für den Wirtschaftsbau zu verzeichnen. Die Aufträge für den öffentlichen Bau sind insgesamt nur schwach gestiegen, wobei Hochbau und Tiefbau auseinander scheren.

Prognose der Nachfragebereiche ...

Die Vorausschätzung der bauwirtschaftlichen Entwicklung für 2007, die im Vorjahr auf Basis der Daten für das erste Halbjahr 2006 erstellt wurde, ist vor dem Hintergrund dieser aktuellen Tendenzen zu modifizieren.⁶

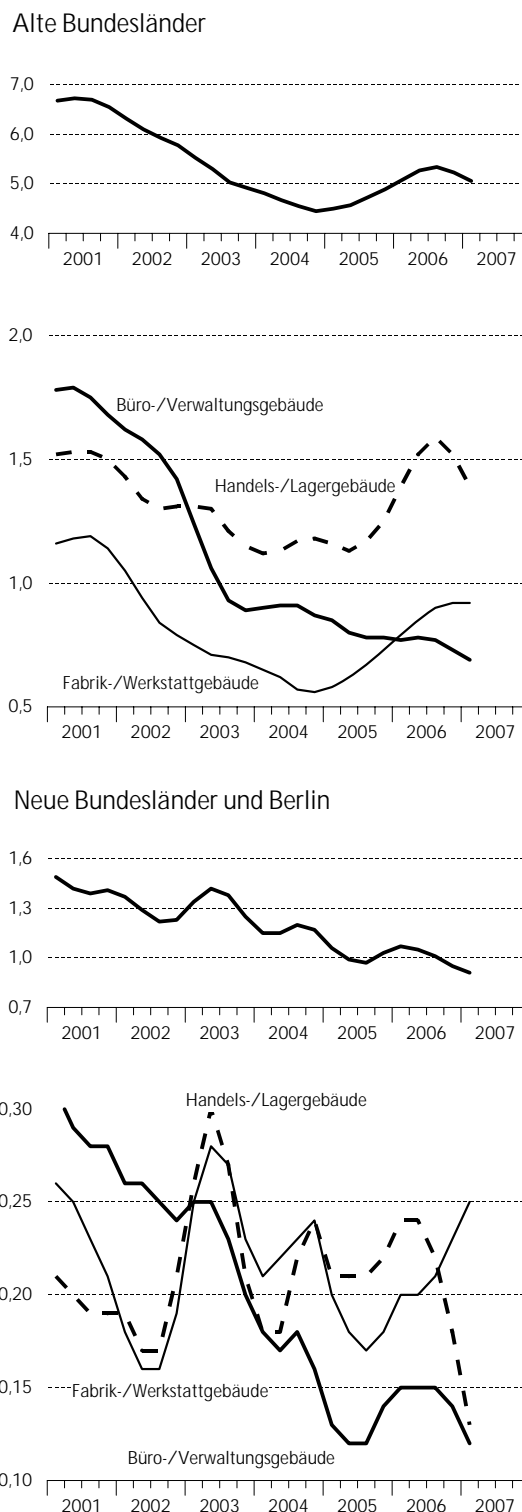
Für den Wirtschaftsbau war schon in der Prognose vor Jahresfrist ein weiterer, wenn auch abgeschwächter, realer Zuwachs der Bauleistungen angenommen worden. Die aktuelle Nachfrageentwicklung und die günstige Witterung im ersten Quartal sprechen indes für einen erneut hohen Produktionsanstieg – von rund 6 % in diesem Jahr, nach 6,8 % in 2006. Nach einer gewissen Abflachung beim Auftragseingang war die Nachfrage schon im zweiten Halbjahr 2006 wieder stärker gestiegen. Dabei zeigen die saisonbereinigten Verläufe für den Hoch- und Tiefbau in West- und Ostdeutschland ein sehr ähnliches Bild. Betrachtet man die Genehmigungen im Hochbau nach Gebäudearten, so sind ebenfalls ähnliche Tendenzen am aktuellen Rand auszumachen. Bei Fabrik- und Werkstattgebäuden ist der Verlauf aufwärts gerichtet, bei Bürogebäuden zeigt er eine Seitwärtsbewegung, bei den Handels- und Lagergebäuden zeichnet sich indes ein Rückgang ab.

Auch für den öffentlichen Bau fällt die Schätzung mittlerweile günstiger aus. Statt mit einer Stagnation wird jetzt mit einem Zuwachs der Produktion um über 3,5 % gerechnet. Dafür spricht derzeit vor allem die positive Entwicklung des Auftragseingangs im Straßenbau und im sonstigen Tiefbau. Die Hochbaunachfrage tendiert zwar weiter abwärts, jedoch ist zu erwarten, dass die verbesserten Steuereinnahmen aller Gebietskörperschaften auch für mehr Investitionen genutzt werden. Im weiteren Jahresverlauf könnten die Bauaufträge im Hochbaubereich, der vorwiegend Aufgabenbereiche der Länder und Kommunen betrifft, daher ebenfalls zunehmen.

Der Wohnungsbau wird die Baukonjunktur über das gesamte Jahr gesehen erheblich dämpfen. Zwar ist im ersten Quartal 2007 die Produktion auch im Wohnungsbau kräftig gestiegen, zugleich dürfte damit aber das Auftragspotential aus dem

Abbildung 2

Genehmigungen im Nichtwohnbau Baukosten in Mrd. Euro je Quartal¹



¹ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4).

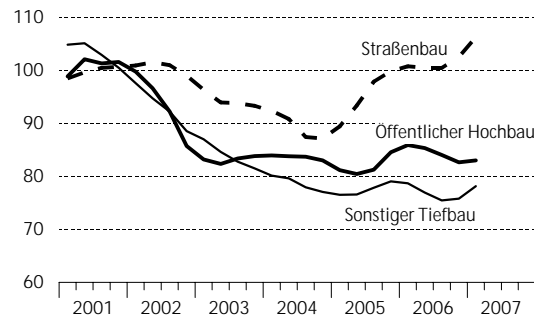
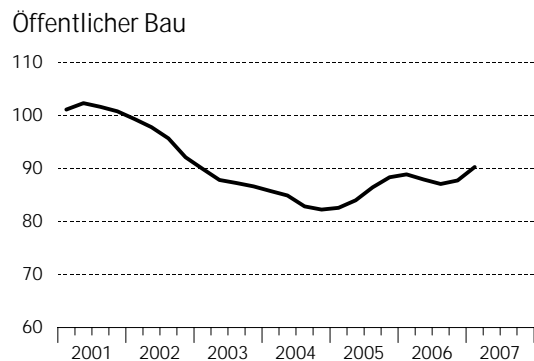
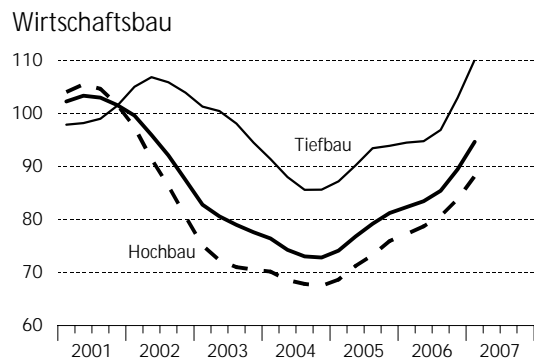
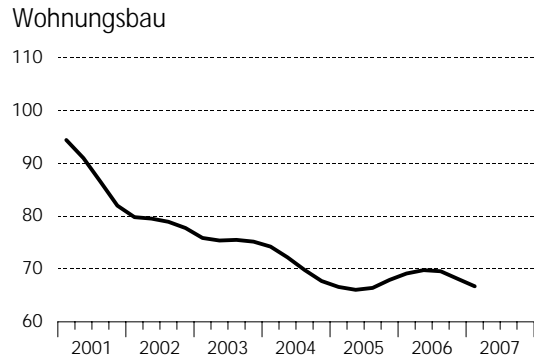
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin. **DIW Berlin 2007**

⁶ Vgl. Bartholmai, B., Gornig, M.: Bauwirtschaft auf Wachstumskurs. Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 47/2006.

Abbildung 3

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe der alten Bundesländer

Wertindex 2000 = 100¹



¹ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4).

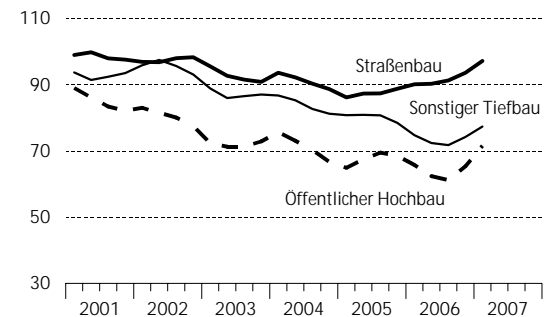
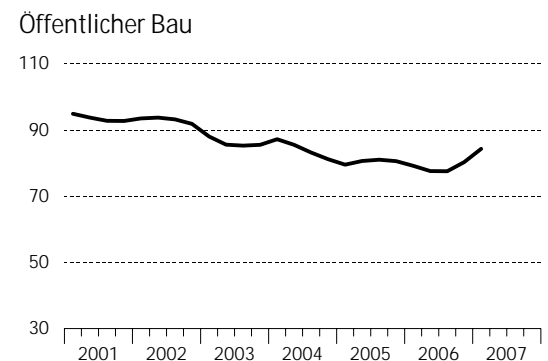
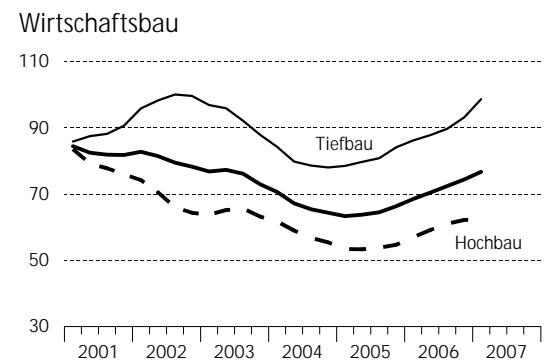
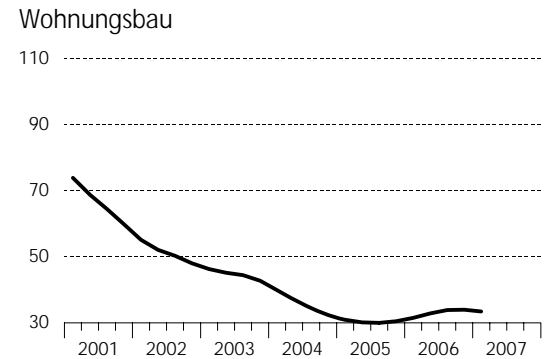
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2007

Abbildung 4

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe der neuen Bundesländer und Berlins

Wertindex 2000 = 100¹



¹ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2007

Tabelle

Entwicklung und Vorausschätzung des Bauvolumens in Deutschland

	2004	2005	2006	2007 ¹	2004	2005	2006	2007 ¹
	In Mrd. Euro zu jeweiligen Preisen				Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %			
Bauvolumen insgesamt	236,64	231,20	248,10	268,90	-1,2	-2,3	7,3	8,4
Alte Bundesländer ²	189,20	185,60	200,00	216,30	-1,0	-1,9	7,8	8,1
Neue Bundesländer und Berlin ²	47,43	45,60	48,10	52,60	-2,3	-4,0	5,6	9,4
	Index 2000 = 100				Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %			
Preisentwicklung	101,80	103,10	105,40	112,00	1,2	1,3	2,2	6,3
Alte Bundesländer	101,60	102,90	105,10	111,60	1,0	1,2	2,1	6,2
Neue Bundesländer und Berlin	102,30	104,00	106,60	113,90	2,0	1,7	2,5	6,9
	In Mrd. Euro zu Preisen von 2000				Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %			
Bauvolumen insgesamt	232,51	224,20	235,40	240,00	-2,4	-3,6	5,0	2,0
Alte Bundesländer	186,16	180,40	190,30	193,90	-2,0	-3,1	5,5	1,9
Neue Bundesländer und Berlin	46,36	43,80	45,10	46,20	-4,2	-5,5	3,1	2,3
Nach Baubereichen								
Wohnungsbau	130,27	123,60	129,50	128,50	-1,7	-5,2	4,8	-0,8
Alte Bundesländer	110,58	105,60	111,10	110,20	-1,0	-4,5	5,2	-0,8
Neue Bundesländer und Berlin	19,70	17,90	18,40	18,20	-5,7	-8,9	2,3	-0,7
Wirtschaftsbau	66,49	66,00	70,50	74,80	-2,5	-0,8	6,8	6,1
Alte Bundesländer	50,12	49,90	53,40	56,90	-2,6	-0,5	7,0	6,7
Neue Bundesländer und Berlin	16,37	16,10	17,10	17,90	-2,3	-1,4	6,2	4,6
Öffentlicher Bau	35,75	34,60	35,50	36,70	-4,8	-3,2	2,5	3,6
Alte Bundesländer	25,46	24,90	25,90	26,70	-5,0	-2,2	3,8	3,4
Neue Bundesländer und Berlin	10,29	9,70	9,60	10,00	-4,4	-5,7	-0,8	4,1
Nach Produzentengruppen								
Alte Bundesländer								
Baugewerbe Hoch- und Tiefbau ³	56,01	53,20	56,50	58,30	-3,8	-5,1	6,2	3,3
Hochbaubereiche	36,47	34,20	36,70	37,30	-3,6	-6,1	7,0	1,8
Tiefbaubereiche	19,54	18,90	19,80	21,00	-4,1	-3,2	4,7	6,2
Bauinstall., Sonst. Baugewerbe ⁴	71,87	69,30	73,00	74,00	-1,1	-3,6	5,4	1,3
Übrige Bereiche ⁵	58,27	58,00	60,90	61,60	-1,3	-0,5	5,0	1,2
Neue Bundesländer und Berlin								
Baugewerbe Hoch- und Tiefbau ³	18,40	17,30	17,80	18,60	-5,4	-6,1	3,2	4,4
Hochbaubereiche	10,20	9,40	9,80	10,00	-6,9	-8,0	4,0	2,7
Tiefbaubereiche	8,20	7,90	8,10	8,60	-3,3	-3,9	2,1	6,4
Bauinstall., Sonst. Baugewerbe ⁴	16,58	15,40	15,90	16,10	-4,6	-7,1	3,2	1,2
Übrige Bereiche ⁵	11,37	11,10	11,40	11,50	-1,8	-2,3	2,7	0,7

1 Prognose.**2** Nach dem Sitz der Betriebe.**3** Einschließlich vorbereitender Baustellenarbeiten (ehemaliges Bauhauptgewerbe, ohne Fertigteilbau und andere ausgegliederte Teilbereiche).**4** Entspricht dem ehemaligen Ausbaugewerbe, ergänzt um Sparten, die vorwiegend aus dem Bauhauptgewerbe hinzugekommen sind.**5** Verarbeitendes Gewerbe (Installationen, Montage- und Fertigtbauten), baubezogene Dienstleistungen, Außenanlagen und Eigenleistungen der Investoren.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2007

Bauüberhang (genehmigte, aber noch nicht begonnene Bauten) weiter geschrumpft sein. Die schon länger sinkende Neubaunachfrage wird sich daher zunehmend bei der Produktionsleistung bemerkbar machen. Schwer einzuschätzen ist, ob die Nachfrage im weiteren Verlauf des Jahres mehr von den Kostensteigerungen (Zinsen und Baupreise) beeinflusst sein wird oder ob verbesserte Einkommenserwartungen neue Impulse, insbesondere beim Eigenheimbau, auslösen. Vorerst überwiegen dämpfende Einflüsse, dazu zählt auch der Vorzieheffekt im Vorjahr, und es gibt noch keinerlei Anzeichen für eine Tendenzwende. Der erwartete Rückgang des Wohnungsbauvolumens dürfte in West- und Ostdeutschland mit jeweils knapp 1 % ähnlich ausfallen. In beiden Gebieten ist die Leistung des Bauhauptgewerbes stärker betroffen als die des Ausbaugewerbes, denn die Schrumpfung

geht vor allem vom Neubau aus, während für den Bereich der Modernisierung/Instandsetzung eher Konstanz erwartet werden kann.

... und der gesamten Bauproduktion

Das gesamte Bauvolumen wird in diesem Jahr einen Wert von real 240 Mrd. Euro erreichen und damit nochmals einen deutlichen Zuwachs – um 2 % – verzeichnen (Tabelle). In den östlichen Ländern dürfte er höher sein (2,3 %) als in den westlichen (1,9 %). Der Grund dafür ist, dass der sich eher rückläufig entwickelnde Wohnungsbau im Osten ein geringeres Gewicht hat als in Westdeutschland. Nominal gesehen wird das Bauvolumen in Deutschland insgesamt mit fast 8 ½ % stärker zunehmen als im Vorjahr. Der Preisanstieg wird im Jahresdurchschnitt auf etwa

6 ½% veranschlagt, wobei der Anstieg im Osten, wie schon in den Jahren zuvor, höher ausfällt als im Westen.

Die Betrachtung der zusammengefassten (realen) Bauleistungen nach Produzentengruppen zeigt, dass das Bauhauptgewerbe auch 2007 wieder mit einer hohen Zuwachsrate rechnen kann: in den alten Bundesländern von über 3%, in den neuen Ländern über 4%. Dabei ist die Dynamik im Hochbau in beiden Landesteilen mit 1,8% bzw. 2,7% wesentlich geringer als im Tiefbau mit über 6%. Beim Ausbaugewerbe wird der reale Produktionszuwachs in Ost- und Westdeutschland nur etwas über 1% betragen. Ebenfalls unterdurchschnittlich entwickelt sich der Bereich der sonstigen Bauleistungen. Hier kommt auch zum Ausdruck, dass die veranschlagte Eigenleistung privater Haushalte im Wohnungsbau mit dem Rückgang des Eigenheimbaus deutlich sinken dürfte.

JEL Classification:
L74, 011

Keywords:
Housing demand,
Construction industry,
Forecast 2007

Die noch Ende 2006 geltende Erwartung, der Anstieg der Produzentenpreise würde infolge der Mehr-

wertsteueranhebung gedämpft, erfüllte sich nicht. Ohne die Verteuerung durch den höheren Steuersatz (rechnerisch 2,59 Prozentpunkte) wären – nach Baubereichen unterschiedlich – Preiszuwächse von bis zu 1% angenommen worden. Die Durchsetzbarkeit von höheren Baupreisen hängt stark von den Reaktionen auf der Nachfrageseite ab. Nicht zu übersehen ist, dass trotz der vorherrschenden boomartigen Entwicklung eine gespaltene Konjunktur angelegt ist, indem der Wohnungsbau zurückfällt. Im gewerblichen Bau wird man die höheren Preise mehr oder weniger hinnehmen, weil ein Rückgang kaum zu erwarten ist und ein Aufschub von Projekten somit wenig Sinn macht. In den Bereichen mit schwächerer oder sinkender Nachfrage fällt es schwerer, die Preise zu akzeptieren. Allerdings strahlt das höhere Preisniveau im Wirtschaftsbau auf die Nachbarmärkte aus. Nach dem Preissprung im ersten Quartal, der nicht zuletzt aus der außerordentlich hohen Bautätigkeit resultierte, dürften sich die Steigerungsraten im weiteren Jahresverlauf verringern. Insgesamt wird für 2007 mit einem Preisanstieg von gut 6% gerechnet.

22. Juni 2007

DIW Berlin gründet DIW Econ GmbH

Der Vorstand des DIW Berlin hat heute in seiner Funktion als Gesellschafter im Beisein eines Notars die Gründung der DIW Econ GmbH beschlossen. Zum Geschäftsführer wurde Dr. Lars Handrich bestellt. Dr. Handrich hat zuvor für das DIW Berlin in zahlreichen Beratungsprojekten gearbeitet und ist derzeit kommissarischer Leiter der Abteilung Information und Organisation.



Dr. Alexander Fisher, Geschäftsführer des DIW Berlin, Dr. Lars Handrich, Geschäftsführer der DIW Econ GmbH und Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann, Präsident des DIW Berlin
(Foto: DIW Berlin)

DIW Berlin wehrt sich gegen politisch motivierte Kampagne

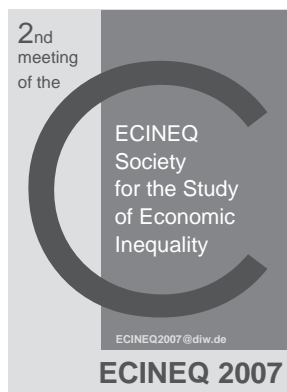
Das DIW Berlin und insbesondere seine Konjunkturabteilung sind seit einiger Zeit einer politisch motivierten Kampagne (z. B. in der Financial Times Deutschland vom 25.6.07: „DIW droht Ausschluss von Gemeinschaftsdiagnose“) ausgesetzt, in der die fachliche Qualifikation seiner Konjunkturforscher und die Größe der Abteilung in Abrede gestellt werden. Dabei mangelt es diesen Anwürfen oft an sorgfältiger Recherche. Sie verletzen ferner die Regeln für einen fairen Wettbewerb. Es werden von Insidern bewusst verzerrte oder falsche Informationen über Leistungen der Wissenschaftler der Konjunkturabteilung des DIW Berlin verbreitet. Diese Kampagne versucht vor dem Hintergrund der Neuausschreibung der Gemeinschaftsdiagnose durch die Bundesregierung sowohl das Ansehen des Instituts als auch die wissenschaftliche Reputation seiner Konjunkturforscher zu beschädigen. Das DIW Berlin weist diese Versuche mit Nachdruck zurück und stellt sich voll hinter die Leistungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter seiner Konjunkturabteilung.

Die Behauptungen können einer objektiven Betrachtung nicht standhalten. Im Jahr 2006 konnte die Konjunkturabteilung des DIW Berlin mehr referierte Publikationen – gemessen anhand von Veröffentlichungen im international anerkannten SSCI-Index – vorweisen als alle anderen Konjunkturabteilungen der deutschen Forschungsinstitute in den letzten zehn Jahren zusammen. Die Konjunkturabteilung hat in den letzten Jahren eine Reihe hochqualifizierter Mitarbeiter mit Promotionsabschlüssen international renommierter Universitäten gewinnen können. Damit hat die Konjunkturabteilung entgegen anders lautender Behauptungen die wissenschaftlich stärkste Besetzung, die das DIW Berlin jemals hatte. Auch die Personenzahl entspricht der Bedeutung einer Abteilung in einem großen Forschungsinstitut. Die Konjunkturabteilung ist eine der größten Abteilungen des DIW Berlin. Mit dieser Aufstellung ist das Institut ein international gefragter wissenschaftlicher Kooperationspartner, der in der internationalen Politikberatung äußerst erfolgreich ist. So erhielt das DIW Berlin beispielsweise von der Europäischen Kommission den Zuschlag zur Evaluierung der Prognosedienste der DG ECFIN (Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen). Diese internationale Ausschreibung war sehr stark umkämpft und unterlag einer rigorosen Evaluierung der Angebote. Vor diesem Hintergrund erscheint es unverständlich, warum die Konjunkturabteilung des DIW Berlin für die nationale Konjunkturforschung fachlich nicht geeignet sein soll.

In der deutschen konjunkturpolitischen Beratung hat das DIW Berlin durch neue Ansätze immer wieder aktiv zur Weiterentwicklung der Gemeinschaftsdiagnose beigetragen. Die Konjunkturabteilung hat eine Reihe von Alleinstellungsmerkmalen, die sie für die Politikberatung auszeichnet und deutlich von den Wettbewerbern abhebt. Dazu zählen u. a. der Einsatz fortgeschrittener quantitativer Methoden und die Betonung neukeynesianischer Erklärungsmuster. Darüber hinaus verfügt die Abteilung über ein umfangreiches, selbst entwickeltes makroökonomisches Mehr-Länder-Modell zur Konjunkturprognose, das neuesten ökonomischen Anforderungen genügt. Die Konjunkturabteilung des DIW Berlin hat ferner eine Software entwickelt, mit der Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (VGR)-Rundrechnungen in Echtzeit möglich sind. Mit dem Einsatz seiner mathematisch-statistischen Verfahren trägt das DIW Berlin zu einer effizienten und methodisch gesicherten Diskussion bei der Gemeinschaftsdiagnose bei.

Die Bietergemeinschaft des DIW Berlin mit dem Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Mannheim wird in der politisch motivierten Kampagne als Kaschierung von Defiziten interpretiert. Es liegt jedoch in der Natur jeder Zusammenarbeit, dadurch stärker zu werden. Allerdings verfügt das DIW Berlin ebenfalls über eine Reihe eigener makroökonomischer Modelle für Deutschland und den Euroraum beziehungsweise für die großen Länder der Europäischen Union, mit denen Mittelfristszenerarien berechenbar sind. Die Modelle können herangezogen werden, um Robustheitsanalysen durchzuführen. Dabei sind sie in hohem Maße auf die jeweilige Fragestellung zugeschnitten. Die optimale Anpassung der Modellstruktur auf neue Fragestellungen ist dabei möglich, weil es sich um Eigenentwicklungen handelt, die sämtlich von Mitarbeitern der neu ausgerichteten und professionelleren Konjunkturabteilung erstellt wurden.

Mit seinen unterschiedlichen theoretischen und methodischen Ansätzen trägt das DIW Berlin wie gefordert zur besseren Fundierung der Gemeinschaftsdiagnose bei. Die Verwendung von Modellen der Konjunkturabteilung erlaubt die präzise Evaluierung vorangegangener Prognosen, und das DIW Berlin sichert die konsistente Rundrechnung der VGR. Damit erfüllt das DIW Berlin die Anforderungen der Gemeinschaftsdiagnose exzellent und verbindet Wissenschaft und Politikberatung auf höchstem Niveau.


Berlin, July 12-14th, 2007
Venue:

Berlin-Brandenburg Academy of Sciences (BBAW)
Jaegerstr. 22,
10117 Berlin

Local Organization:

SOEP at DIW Berlin
ECINEQ2007@diw.de

The Second Meeting of the Society for the Study of Economic Inequality (ECINEQ) will be held in Berlin, Germany, July 12–14, 2007. The conference is organized by the German Socio-Economic Panel Study (SOEP) at DIW Berlin and will take place at the Academy of Sciences at Gendarmenmarkt in Berlin.

The program committee solicits submissions in all areas concerned with economic inequality and related fields (see www.ecineq.org). A presenter may be a co-author of another submission but each participant may present at most one paper in the contributed sessions.

Schedule
Wed 11

15:30–18:30 Pre registration at Berlin–Brandenburg Academy of Sciences (BBAW)

Thu 12

9:00–10:15 Plenary session:
Invited Lecture: Debraj Ray
10:15–10:45 coffee
10:45–12:45 Parallel sessions: submitted papers
12:45–14:00 lunch
14:00–16:00 Parallel sessions: submitted papers
16:00–16:30 coffee
16:30–18:30 Parallel sessions: submitted papers
19:30 Social Dinner

Fri 13

9:00–10:15 Plenary session:
Presidential Address: Joan Esteban
10:15–10:45 coffee
10:45–12:45 Parallel sessions: submitted papers
12:45–14:00 lunch
14:00–16:00 Parallel sessions: submitted papers
16:00–16:30 coffee

16:30–19:00 Parallel sessions: submitted papers
19:00–20:00 Members' meeting

Sat 14

9:00–10:15 Plenary session:
Invited Lecture: Peter Lambert
10:15–10:45 coffee
10:45–13:15 Parallel sessions: submitted papers
12:45–14:00 lunch
14:00 End of the conference

The Berlin-Brandenburg Academy of Sciences and Humanities (formerly the Prussian Academy of Sciences) is situated at Gendarmenmarkt in the heart of Berlin. With its interdisciplinary and international association of scholars and approximately 250 staff members, it is the largest non-universitarian research institute with a profile in the humanities in the region of Berlin-Brandenburg.

The building, which is today frequented by scholars from around the world, was originally built in 1902/03 for the Prussian Maritime Trade Company (Preußische Seehandlung), the later Prussian State Bank. Its historical banking hall was reconstructed for the 300th anniversary of the Academy and expanded into a conference and event centre that officially opened in 2002.

The Conference and Event Centre of the Berlin-Brandenburg Academy of Sciences and Humanities is spacious and equipped with all the latest conveniences. It is primarily used for scientific conferences and lectures, though also for receptions which require a prestigious setting.

For basic organizational matters and catering, the Centre maintains a professional and reliable service team with years of experience in supervising diverse events.

Christopher Meissner, Ph. D., University of Cambridge, King's College and NBER

**The Challenges of Global Capital Market Integration:
How Exchange Rates, Policies and Institutions Matter**

Die globale Integration der Kapitalmärkte birgt sowohl Nutzen als auch Gefahren. Die wichtigste Form des Kapitalverkehrs bilden neben privaten Finanzinvestitionen die Sachkapital- bzw. Direktinvestitionen. Allerdings haben verschiedene Länder sehr unterschiedliche Erfahrungen bei der Nutzung der Vorteile und dem Bemühen der Minimierung der Kosten der Kapitalmarktintegration gemacht. Die Ansicht, dass die weniger entwickelten und von Kapitalknappheit gekennzeichneten Länder lediglich ihre Kapitalmärkte öffnen müssen und darüber hinaus die Ersparnisse der reichen Länder anziehen sollten, ist längst veraltet. Folglich ist die Liberalisierung des Kapitalflusses nicht ausreichend, wie Christopher Meissner, Ph. D., von der University of Cambridge in seinem Vortrag am 27. Juni 2007 auf dem Berlin Lunchtime Meeting ausführte. So gibt es für den Zeitraum von 1970 – 2000 keine eindeutig positive Korrelation zwischen der Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts und ausländischen Direktinvestitionen. Welche Faktoren sind in diesem Zusammenhang sonst von Bedeutung?

Wechselkurspolitik, fiskalische Entwicklung, umsichtige makroökonomische Politik und politisch-institutionelle Rahmenbedingungen wurden von Christopher Meissner, Ph. D., als entscheidende Faktoren genannt. Diese Schlüsselvariablen spielen eine wichtige Rolle, wenn es darum geht, festzustellen, ob Länder drastische und schmerzliche Finanzkrisen erfahren (wie beispielsweise Argentinien) oder ob sie sie vermeiden und stattdessen einen stetigen ausländischen Kapitalimport aufrechterhalten können. Letzt genannte Länder verbessern ihre Wachstumsaussichten und schließlich auch den Lebensstandard ihrer Bevölkerung. Die vorangegangenen 150 Jahre der internationalen Kapitalmarktintegration liefern eine Fülle an empirischen Beweisen, die die genannten Punkte unterstreichen.

Die im Anschluss geführte Diskussion wurde von Herrn Prof. Dr. Georg Meran moderiert. Diskutiert wurde die Notwendigkeit und auch die Herausforderung für die Länder, den angeführten Schlüsselvariablen langfristig eine stärkere Bedeutung bei der Vermeidung von Finanzkrisen beizumessen. Darüber hinaus wurde der Einfluss vorhandener Ressourcen (technologischer Entwicklungsstand, Humankapital) einzelner Länder auf die Entwicklung ausländischer Direktinvestitionen angesprochen. Zudem wurde auch auf die Entwicklung nationaler Kapitalmärkte in Entwicklungs- und Schwellenländern hingewiesen. Schließlich waren sich alle Teilnehmer einig, dass es bei dem Thema der globalen Integration der Kapitalmärkte und den Determinanten internationaler Direktinvestitionen sowie deren realwirtschaftlicher Effekte auch weiterhin weitreichender Forschung bedarf.

Das Berlin Lunchtime Meeting ist eine gemeinsame Veranstaltung von DIW Berlin, IZA und CEPR, mit freundlicher Unterstützung der Deutsch-Britischen Stiftung.

Tarifforderungen gefährden Arbeitsplätze bei der Deutschen Bahn

DIW Berlin stellt Gutachten zur Beschäftigungs- und Tarifpolitik der Deutschen Bahn AG vor

Eine Umsetzung der von den Bahngewerkschaften in der kommenden Tarifrunde geforderten Lohnerhöhungen könnte bei der Deutschen Bahn AG mehrere Tausend Arbeitsplätze gefährden. Allein in den nächsten vier Jahren sind mehr als 9 000 Arbeitsplätze bedroht. Die seit der Bahnreform verfolgte moderate Lohnpolitik hat die Wirtschaftlichkeit der Bahn verbessert und Marktanteile gesichert. Zu diesem Ergebnis kommt das DIW Berlin in einem aktuellen Gutachten (Beschäftigungs- und Tarifpolitik bei der Deutschen Bahn: Ein Modell zur Sicherung von Arbeitsplätzen im wettbewerblichen Umfeld? von Holger Bonin und Pio Baake).

Die Studie lobt die bisher auf Beschäftigungssicherung ausgerichtete Politik der Tarifpartner. Durch Lohnzurückhaltung konnte bei der Deutschen Bahn in den letzten Jahren ein gut funktionierender konzerninterner Arbeitsmarkt mit derzeit rund 3 000 Beschäftigten aufgebaut werden, der den Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen ermöglicht. Die Forscher schätzen, dass sich bei zu hohen Lohnabschlüssen die Kosten für diesen Arbeitsmarkt mehr als verdoppeln werden. Damit, so das Gutachten, sei die Weiterführung dieses besonderen Kündigungsschutzes der DB-Beschäftigten gefährdet.

Anders als bei der früheren Behördenbahn, so die Experten, komme den Arbeitskosten bei der Deutschen Bahn überragende Bedeutung zu. Vor allem im Güter- und Regionalverkehr stehe das Unternehmen mittlerweile in einem starken Preiswettbewerb. Hier könnte das Unternehmen spürbar Marktanteile verlieren, wenn die Tarifforderungen der Bahngewerkschaften durchgesetzt würden und sich der bestehende Kostennachteil gegenüber den Konkurrenten weiter vergrößerte. Aber auch im Fernverkehr würde die Bahn gegenüber Auto und Flugzeug verlieren.

Die Forscher verweisen noch auf einen weiteren Aspekt. Ganz unabhängig von der Wettbewerbslage nimmt bei einem profitorientierten Unternehmen wie der Deutschen Bahn bei übermäßigen Lohnsteigerungen der Druck auf die Manager zu, Arbeitsplätze abzubauen. Allein durch den steigenden Sanierungsdruck könnten zusätzlich mehrere Tausend Arbeitsplätze bei der Bahn gefährdet sein.

Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung

Erscheinen zurzeit im 76. Jahrgang. Format DIN B 5. Die Hefte werden einzeln berechnet. Unverbindliche Preisempfehlung.

Heft 2-2007. 117 Seiten. Euro 64,-

Reform der Unternehmensbesteuerung 2008

Reform der Unternehmensbesteuerung 2008. Von *Stefan Bach* • Sollen multinationale Unternehmen weniger Steuern bezahlen? Von *Andreas Haufler* • Unternehmensbesteuerung in der Europäischen Union – Aktuelle Entwicklungen und Implikationen für die deutsche Steuerpolitik. Von *Margit Schratzenstaller* • Steuerpolitische Perspektiven der Unternehmensteuerreform 2008. Von *Johannes Becker* und *Clemens Fuest* • Unternehmensteuerreform 2008 – Mogelpackung statt großer Wurf. Von *Ralf Maiterth* und *Heiko Müller* • Aufkommens- und Verteilungseffekte der Unternehmensteuerreform 2008. Von *Stefan Bach*, *Hermann Buslei*, *Nadja Dwenger* und *Frank Fossen* • Einfluss der Unternehmensteuerreform 2008 auf die effektive Steuerbelastung. Von *Christoph Spengel*, *Christina Elschner*, *Michael Grünewald* und *Timo Reister* • Fundamentale Steuerreformen für Deutschland: Die Unternehmensteuerreform 2008, die Duale Einkommensteuer und die Einheitssteuer im Vergleich. Von *Doina Maria Radulescu* und *Michael Stimmelmayr*

Die Unternehmensbesteuerung ist ein wichtiges Reformprojekt der Großen Koalition. Sie zielt darauf ab, international orientierte Unternehmen und Investoren zu entlasten und Gewinnverlagerungen ins Ausland zu begrenzen. Dazu werden die Gewerbe- und Körperschaftsteuersätze ab 2008 deutlich gesenkt. Im Gegenzug werden Steuergestaltungsmöglichkeiten begrenzt und die Abschreibungsbedingungen verschlechtert.

Die Beiträge dieses Schwerpunktheftes zeigen, dass die Reform zwar die hohe Grenzsteuerbelastung der Unternehmen verringert und damit in internationaler Perspektive ein richtiges Signal setzt. Steuergestaltungsmöglichkeiten werden weniger attraktiv, ertragsstarke Unternehmen entlastet. Die Einschränkung von Gestaltungsmöglichkeiten und Abschreibungsbedingungen begrenzt jedoch die Senkung der effektiven Steuerbelastungen, die gesamtwirtschaftlichen Wirkungen sind gering. Eine umfassende Systematisierung und Vereinfachung der Unternehmens- und Kapitaleinkommensbesteuerung, die seit Jahren diskutiert wird, wurde gar nicht erst versucht. Höhere Steuerausfälle und Entlastungen von Steuerpflichtigen mit hohem Einkommen sollten vermieden werden. Bei den Maßnahmen gegen Steuergestaltungsmöglichkeiten wird zum Teil wenig systematisch vorgegangen, etwa bei der Zinsschranke oder bei der Besteuerung von „Funktionsverlagerungen“ ins Ausland. Die Abgeltungsteuer begünstigt einseitig Zinsen, während Gewinnausschüttungen kaum entlastet und Veräußerungsgewinne erfasst werden. Gleichmäßigkeit und wirtschaftliche Neutralität der Besteuerung nehmen ab, das Steuersystem wird komplizierter, unerwünschte wirtschaftliche Wirkungen sind möglich. Daher wird die Reformdiskussion weitergehen – nach der Reform ist vor der Reform.

Impressum

DIW Berlin
Mohrenstraße 58
10117 Berlin

Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann (Präsident)
Prof. Dr. Georg Meran (Vizepräsident)
Prof. Dr. Tilman Brück
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Alfred Steinherr
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Christian Wey

Redaktion

Kurt Geppert
PD Dr. Elke Holst
Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789–249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805–19 88 88, 14 Cent./min.

Reklamationen können nur innerhalb von vier Wochen nach Erscheinen des Wochenberichts angenommen werden; danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,-
Einzelheft Euro 7,-
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer
und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements spätestens
6 Wochen vor Jahresende

ISSN 0012-1304

Bestellung unter leserservice@diw.de

Satz

eScriptum, Berlin

Druck

Walter Grützmaker GmbH & Co. KG, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an die Stabsabteilung Information und Organisation des DIW Berlin (Kundenservice@diw.de) zulässig.

**Der nächste Wochenbericht erscheint
am 18. Juli 2007**

Liebe Leserinnen und Leser,

bei Erscheinen dieses Wochenberichts ist der Umzug des DIW Berlin abgeschlossen. Es ist in das Zentrum von Berlin, wo es 1925 gegründet wurde, zurückkehrt. Die Adresse des DIW Berlin lautet jetzt:

**Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
(DIW Berlin)
Mohrenstraße 58
10117 Berlin**

Direkt am U-Bahnhof Stadtmitte (U6, U2).

Postanschrift:

DIW Berlin
10108 Berlin

Auch das äußere Erscheinungsbild des Wochenberichts macht die Veränderung deutlich. Erhalten bleiben jedoch die Telefon- und Faxnummer sowie alle Durchwahlnummern:

Telefon 030-897-89-0
Telefax 030-897 89-200

Ebenfalls erhalten bleibt das Bemühen der Herausgeber und der Redaktion, den Wochenbericht in Zukunft noch besser zu machen und möglichst umfassend über die Aktivitäten des DIW Berlin zu berichten.

Wie in jedem Jahr erscheint zur Jahresmitte eine Doppelnummer, so dass der nächste Wochenbericht erst am **18. Juli 2007** erscheinen wird. Die „Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 2007/2008“ werden nicht zuletzt wegen des Umzugs erst am **24. Juli 2007** erscheinen.